



PILTZ: Heuchelei ist keine Aufklärung

PILTZ: Heuchelei ist keine Aufklärung
BERLIN. Zur Debatte um die Überwachung durch den US-amerikanischen Nachrichtendienst NSA und den britischen Nachrichtendienst GCHQ erklärt die stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Gisela Piltz: Der untaugliche Versuch der Opposition, der Bundesregierung Untätigkeit vorzuwerfen, kann nicht verfangen. Die FDP war im Bundestag und vor der Bundesregierung von Beginn an die treibende Kraft für Aufklärung und das abseits von plumpem Wahlkampfgetöse. Die Liberalen haben immer gesagt, dass wir mitten in der Aufklärung sind und nicht am Ende. Wir werden weiter darauf drängen, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Privatsphäre der Menschen zu schützen. SPD und GRÜNE können die Hände nicht in Unschuld waschen. Wer wie die SPD für Vorratsdatenspeicherung ist, wer wie die GRÜNEN der Übermittlung von Fluggastdaten an die USA zugestimmt hat, wer wie SPD und GRÜNE mit immer einschneidenderen Sicherheitsgesetzen die Axt an die Grundrechte gelegt und z.B. den Zugriff der Sicherheitsbehörden auf Bankkonten der Bürger eingeführt hat, ist nicht Anwalt der Bürgerrechte. Die längst notwendige Reform der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste ist unter anderem an der SPD gescheitert. Die geheuchelte Aufregung ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Es darf trotz der weiter notwendigen Aufklärung nicht übersehen werden, dass die Bundesregierung bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen hat, um der ausufernden Überwachung durch britische und US-amerikanische Nachrichtendienste einen Riegel vorzuschieben: Die Bundesjustizministerin hat gemeinsam mit der französischen Regierung eine Initiative in der EU angestoßen, in der künftigen EU-Datenschutzverordnung eine Verpflichtung aufzunehmen, wonach alle in der EU tätigen Unternehmen melden müssen, wenn Daten an Drittstaaten weitergegeben werden. Die Bundesregierung setzt sich für ein Zusatzprotokoll der UN zu Artikel 17 des Pakts über bürgerliche Rechte ein. Die Bundesjustizministerin hat hierfür bereits bei den EU-Justizministern um Unterstützung geworben. Die Bundesregierung setzt sich in der EU für gemeinsame Standards für Nachrichtendienste ein, damit künftig eine Überwachung wie durch den britischen Dienst GCHQ in die Schranken gewiesen wird. Der Bundesaußenminister hat einen Cyber-Beauftragten für die Außenpolitik ernannt, der die deutschen Interessen in der digitalen Welt noch stärker vertreten wird. Auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt die Bundesregierung IT-Sicherheit und den IT-Standort Deutschland und Europa, damit Datenverarbeitung und IT-Systeme unter dem strengen Datenschutzregime der EU stehen.
Freie Demokratische Partei (FDP)
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030-288772-0
Telefax: 030-288772-22
Mail: redaktion@liberale.de
URL: <http://www.fdp.de>
http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pintr_=543320 width="1" height="1">

Pressekontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

fdp.de
redaktion@liberale.de

Firmenkontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

fdp.de
redaktion@liberale.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.